

Rechenschaftsbericht a.o. BDK
DKP Rheinland-Westfalen
27. Oktober 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich begrüße Euch als Vorstandsmitglied im Bürgerzentrum Alte Feuerwache, als Vorsitzender unserer Kreisorganisation in Köln, sowie als amtierender Vorsitzender der Bezirksorganisation zur außerordentlichen BDK des Bezirks Rheinland Westfalen der DKP. Gewählt habt Ihr mich am 8. Dezember vergangenen Jahres zum stellvertretenden Vorsitzenden. Wir kommen heute aus mehreren Gründen zusammen, aber die entscheidende Aufgabe ist die Wahl eines neuen Vorsitzenden, nachdem Thomas Liermann zurückgetreten ist, gleichzeitig mit Nico Quittmann, der aus dem BV ausgeschieden ist.

Unsere ao BDK findet in einer sehr bewegten Zeit statt, in der harte gesellschaftliche Widersprüche im Zuge der Krise aufeinander prallen, wir uns zudem noch über den Charakter der Krise zu streiten haben.

Gegenwärtig arbeiten SPD und CDU/CSU intensiv an einem Koalitionsvertrag und wollen in einigen Wochen damit fertig sein. Die Große Koalition erscheint ihnen als Lösung eines Dilemmas. Denn die FDP ist bei der Wahl knapp unter 5% geblieben und nicht mehr im Bundestag vertreten. Wenn man das Ergebnis für die erst wenige Monate existierende Partei „Alternative für Deutschland“ zu dem der Schwarz-Gelben addiert, ergibt sich mit 51% sogar eine knappe Mehrheit der rechten Parteien. Aber die Fünfprozentklausel gestattet ihnen nicht, diese Mehrheit auch im Parlament abzubilden. Die SPD hat geringe Gewinne zu verzeichnen. Sie sind aber durch Verluste der Grünen weitgehend kompensiert worden. Auch die PDL hat verloren. Die rechten Parteien haben zwar die Mehrheit der Stimmen gewinnen können, die Mehrheit der Sitze ist aber perdu.

Tatsächlich sind die politischen Koordinaten durch das Aufkommen der AfD deutlich nach rechts gerückt. Diese Partei ist ein Retortenkind der Metall- und Elektroindustrie und ihrer Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die dem großen Publikum seinerzeit durch Volkskörperhethorik bekannt wurde. Sie bezahlte die Kampagne „Du bist Deutschland“ von 2006. Als Personal konnte sie eine Reihe von Wirtschaftsprofessoren in die AfD delegieren. Den Herrschaften waren schon immer die Löhne zu hoch. Die Bevölkerung im Lande ist ihnen zu wenig kriegsgeneigt und hat überhaupt zu viel zu sagen. Deswegen sollen Arbeitslose das Stimmrecht verlieren. So schwadronieren einige der Herren. Die AfD will die südlichen europäischen Länder ökonomisch abhängen. Sogas wird in unseren Medien milde mit der Bezeichnung euroskeptisch charakterisiert, ähnlich wie die rechtspopulistischen bis faschistischen Parteien in den europäischen Nachbarländern. Die Prognosen sehen gegenwärtig den Front National in Frankreich bei 24 %, die SVP in der Schweiz kam schon 2009 auf 29%, die österreichische FPÖ jetzt im September auf knapp über 20%. In Norwegen verfügt die Fortschrittspartei, ehemalige Partei Breiviks, über 29 Sitze. Bei den Parlamentswahlen am 9. September hatte sie 16,3% der Stimmen erreicht. Zusammen mit der Partei Høyre („Rechte“) kann sie seit Mittwoch, 16. Oktober, die Regierung bilden. Der belgische Vlaamse Belang und Geert Wilders PVV in den Niederlanden liegen immer noch weit über der Marke, die parteiförmige Fremdenfeinde, Rassisten und offene Nazis in unserem Lande angesichts einer wachen Antifa-Bewegung bei Wahlen erreichen können. Das alles kennzeichnet die Lage, zu der eine Fraktion der herrschenden Klasse sich die „Alternative für Deutschland“ hat einfallen lassen. Die AfD strebt eine nationalistische und autoritäre Alternative zur bürgerlichen Demokratie an. Mit ihnen würden wir den Abbau von Restbeständen demokratischer und sozialer Rechte erleben. Womöglich erhofft sich die Sozialdemokratie derartige Entwicklungen aufhalten zu können. Mit der Großen Koalition aber wird sie ihr weiteren Vorschub leisten.

In Köln hat sich vor 14 Tagen ein örtliches Pendant zur Großen Koalition gebildet, vielleicht müßte man es den Großen Klüngel nennen. Es ist ein Personenbündnis von prominenten Bürgern und nennt sich biblisch „Suchet der Stadt Bestes“. Ihre Sorge ist, daß das Ziel der Konsolidierung des städtischen Haushalts verfehlt wird. Sie sagen: „Die Sozialtransferleistungen drohen die Großstädte zu erdrosseln.“ „Wir müssen uns auch in Köln die Frage stellen, welche Leistungen wir in Zukunft noch erbringen müssen und welche wir uns in Zukunft noch leisten können.“ „Welche Standards und gesetzlichen Regelungen des Bundes und des Landes können hinterfragt und abgesenkt werden, ohne dass davon die Lebensqualität gravierend beeinträchtigt wird?“ „Wir müssen alle unsere Ausgaben — auch im sozialen Bereich — hinterfragen.“ Aber: „Ausgaben für künftige Investitionen und/oder Leistungen müssen nachdrücklicher als bisher sicherstellen, dass ein nachhaltiger und langfristiger Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung erzielt wird.“

Unterschrieben haben solche Sätze 19 in Köln prominente Personen, darunter der DGB-Vorsitzende und SPD-MdL Andreas Kossiski, Peter Krücker von der Caritas, eine Reihe von Pfarrern, aber auch Paul Bouwens-Adenauer, CDU, Bauunternehmer, IHK-Präsident, der im Frühjahr 2008 am Verkauf des Dombrauereigeländes innerhalb von 8 Wochen 10,5 Millionen Euro zu Lasten des Landes NRW verdient hat. Bei ihm müßte es besser heißen „Suchet der Stadt bestes Grundstück“. Im August 2010 war er einer von 40 Unterzeichnern des Energiepolitischen Appells, einer Lobbyinitiative der vier großen Stromkonzerne, es ging um die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke. Ein weiteres CDU-Mitglied ist Franz Corneth; Geschäftsführer der Rheinauhafen Verwaltungsgesellschaft. Im Rheinauhafen wohnt man sehr teuer in den sogenannten Kranhäusern. Seit 2007 ist Corneth aber auch Vorsitzender des Kölner Mietervereins. Jochen Ott; der Vorsitzende der Kölner SPD und Aufsichtsratsvorsitzender der städtischen Wohnungsgesellschaft GAG, ist dabei sowie Arnd Schwendy; ehemals Kölner Sozialamtsdezernent. Von Schwendy stammt der Spruch: „Wir Sozialdemokraten in Köln brauchen wegen Hartz IV nicht in Sack und Asche zu gehen, denn wir haben gezeigt, wie das positiv umzusetzen ist.“

Diese Schatzsucher („Suchet der Stadt Bestes“) wollen das Bündnis „Umfairteilen statt Kaputtsparen“ bekämpfen. Denn dieses Bündnis hat mit vielen anderen einige Kürzungen abmildern können.

Angesichts der riesigen Umverteilung von Unten nach Oben vor dem Hintergrund der Krise kämpfen wir nicht nur in Köln um eine auskömmliche Finanzierung der Städte und Gemeinden. Dazu müssen die großen Vermögen zur Kasse gebeten werden, eine Maßnahme, die von der Großen Koalition nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil, sie wird mit ihrer grundgesetzändernden Mehrheit die politischen Bedingungen ausbauen, unter denen Schuldenschnitte zu Lasten der Banken verhindert werden, stattdessen Banken und große Finanzinstitute unter die Rettungsschirme der öffentlichen Haushalte kommen. Die Große Koalition wird die Schuldenbremsen umsetzen, die Löhne und Renten drücken, die Armut vergrößern und die Armen statt der Armut bekämpfen.

Für den morgigen Montag mobilisiert Occupy Cologne für eine Kundgebung gegen die Große Koalition auf der Domplatte, 17.45 Uhr.

Liebe Genossinnen und Genossen,
in der Krise sucht Kapital vergeblich nach Verwertungsmöglichkeiten. Es wird entwertet, vernichtet. Die kapitalismusverträglichste Form der Kapitalvernichtung aber ist der Krieg. Zum Krieg drängt infolgedessen die Krise. Dabei gilt den herrschenden Eigentümern der Produktionsmittel und Banken die massenhafte Vernichtung von Menschen als unvermeidlicher Kollateralschaden des Systemerhalts.

Die globalen Friedenskräfte haben vor wenigen Wochen noch einmal einen Krieg gegen Syrien verhindern können. Im Innern des Landes tobt er aber noch. Der Bürgerkrieg in Syrien ist nun, ähnlich wie in Libyen, Somalia, in Mali und anderen afrikanischen Staaten ein

Auslöser für die massenhafte Flucht vor dem Hunger, die massenmedial erst wahrgenommen wird, wenn wieder hunderte Tote zu beklagen sind, wie kürzlich und immer wieder auf Lampedusa.

Die Rheinische Post berichtete vor sieben Jahren, im Juni 2006, von Flüchtlingen, die auf den kanarischen Inseln anlandeten. Auf denkwürdigen Fotos sieht man erschöpfte Afrikaner den Strand hinauf kriechen, während sich im Hintergrund Urlauber sonnen. Der damalige Innenminister Schäuble sagte dazu: Selbstverständlich müsse sofort alles unternommen werden, damit die Flüchtlinge nicht auf hoher See umkommen. Aber Spanien müsse langfristig auch dafür sorgen, daß Schlepperbanden keinen Erfolg hätten. Was sagt Innenminister Friedrich sieben Jahre später zu den Ereignissen in Lampedusa? „Fest steht, dass wir noch stärker die Netzwerke organisierter und ausbeuterischer Schleusungskriminalität bekämpfen müssen.“ (WELT am Sonntag, 5.10.13)

Am vergangenen Mittwoch (23. Oktober) fasste das Europäische Parlament in Straßburg einen Appell, in dem es hieß: „Lampedusa muss zu einem Wendepunkt in der europäischen Asylpolitik werden“ Die Verantwortung für die Ankommenden solle ‚gemeinsam getragen‘ werden. Und: Die Union muss ‚einen Zugang zu gerechten und effizienten Asylverfahren für Menschen, die diesen Schutz benötigen, sicherstellen.‘“

Am Donnerstag hat der EU-Gipfel begonnen. Die Kölnische Rundschau schrieb am selben Tag: „Es wird nichts beschlossen und an der aktuellen Asylpolitik nichts verändert“, betonten Regierungskreise in Berlin gestern. Die umstrittene Dublin-II-Verordnung (sie legt fest, dass jeder Flüchtling von dem Land aufgenommen werden muss, wo er ankommt), würde das Parlament am liebsten aufheben. Für die Staats- und Regierungschefs steht sie nicht zur Disposition.“ Und so kam es. Keine Änderung der Asylpolitik durch die EU.

Alles andere würde auch die bisherige Politik umkehren. Im Gegenteil, die EU setzt den Abbau von Handels- und Zollbeschränkungen durch und um. Afrikanische Exporteure werden ihre Produkte nicht mehr los. Die dortigen Binnenmärkte sind der Konkurrenz der imperialistischen Importeure nicht mehr gewachsen. Sogar Hühnerfleisch, Mais und andere Agrarprodukte kommen mittlerweile aus Übersee. Die Boote der Fischer in den von europäischen Trawlern überfischten Gewässern vor der westafrikanischen Küste transportieren Flüchtlinge, wo sie früher noch vom Fischfang leben konnten. Die Flüchtlingsströme sind das Ergebnis des Wirtschaftskrieges, den der Imperialismus gegen die armen Länder führt. Die Aufstände in Tunesien, Algerien, Ägypten, der sogenannte arabische Frühling, waren durch eine gewaltige Erhöhung des Weizenpreises Anfang 2011 veranlasst. Allein im Jahr 2010 stiegen die Lebensmittelpreise um ein Drittel. Dem entspricht ein anderer Rekord: Bis Ende März 2011 haben Kapitalanleger wie Versicherungen und Pensionsfonds 600 Milliarden Dollar in die von den Investmentbanken und Hedgefonds aufgelegten Papiere für Wetten mit Rohstoffen, darunter Mais und Weizen, investiert. Besonders aktiv im Geschäft mit derartigen Rohstoffderivaten ist Goldman Sachs, gefolgt von Merrill Lynch und Deutsche Bank. Die Menschen, die gegenwärtig das Mittelmeer in ungeeigneten Booten zu durchqueren hoffen, aber von Frontex jetzt schon an den afrikanischen Stränden abgewehrt werden sollen, gehören zu den sichtbarsten Opfern dieses Geschäfts.

Aber auch hier im Lande verteuern sich die Lebensmittel. Kartoffeln waren im August 40 % teurer als im vergangenen Jahr, Äpfel mehr als 20 %. Butter kostet beinahe ein Drittel mehr. Nahrungsmittel allgemein 5,7 Prozent mehr als vor einem Jahr. Solche Preise treffen selbstverständlich die Menschen mit geringeren Einkommen härter, weil sie einen größeren Teil ihres Budgets für Nahrungsmittel ausgeben müssen. Wer bei Lohnkämpfen von Inflationsausgleich spricht, sollte das berücksichtigen. Denn die offizielle Inflationsrate von 1,9% verfälscht das Bild.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die BDK im Dezember vergangenen Jahres hatte einen Beschluß gegen die Privatisierung des Wassers gefaßt. Wörtlich: „Die DKP beteiligt sich aktiv an der Unterschriftensammlung zum Europäischen Bürgerentscheid ‚Wasser ist Menschenrecht‘.“ Ihr werdet Euch erinnern, daß wir eine kontroverse Diskussion darüber hatten, nachdem insbesondere die Krefelder GenossInnen glaubten, daß der Kampf gegen die Privatisierung des Wassers doch besser auf örtlicher Ebene zu führen sei. Sie stimmten gegen diesen Beschluß. Aber die große Mehrheit der BDK folgte dem Antrag der Kölner. Es ging um die Verhinderung einer europäischen Richtlinie, welche die Privatisierung der kommunalen Wasserversorger mittels EU-Recht erzwingen sollte. Tatsächlich wurde wenige Monate später nicht nur die notwendige Zahl der Unterschriften erreicht, sondern im Juni der Ausschluss des Wassersektors von der EU-Konzessionsrichtlinie zugesichert.

Dieser Erfolg fügt sich ein in eine weltweite Bewegung gegen die Wasserprivatisierung. Es ist ein Kampf gegen eine der verheerenden Folgen des „Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen“ (General Agreement on Trade in Services; GATS). Das regelt den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und hat die Erschließung neuer Märkte und Investitionsfelder für das große Kapital zum Ziel.

Der Erfolg beim Wasser sollte uns aber nicht übersehen lassen, dass immer noch die Zukunft kommunaler Stadtwerke auf dem Spiele steht. Dem Bundesrat immerhin ist das aufgefallen, er forderte folglich nicht nur die Herausnahme der Wasserversorgung aus der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie, sondern auch die Herausnahme der Strom- und Gasnetze.

Das sind Fragen, die geeignet sind, den Zusammenhang von EU-Politik und Kommunalpolitik anlässlich der Wahlen am 25. Mai nächsten Jahres herzustellen.

Nun zur Rechenschaftslegung der Reihe nach. Der Bezirksvorstand konstituierte sich am 20. Januar dieses Jahres. „Weitere Gäste können entsprechend der Tagesordnung vom Sekretariat des Bezirksvorstandes eingeladen werden.“ – dieser Satz aus der beschlossenen Geschäftsordnung sollte später noch zu einigen Diskussionen führen. Wir fassten einen Beschluß: „Grundgesetz verteidigen, Naziorganisationen verbieten.“ Die VVN hatte merkwürdige Äußerungen auf unserer BDK zur Kenntnis nehmen müssen, und verwundert festgestellt, daß ihnen nicht widersprochen worden war. Deswegen war uns wichtig zu sagen: „Wir respektieren bei unseren antifaschistischen Aktivitäten andere Weltanschauungen von Bündnispartnern, selbstverständlich auch solche, für die die kapitalistischen Wurzeln des Faschismus nicht im Vordergrund stehen. In diesem Sinne wirken wir in der VVN/BdA und anderen Bündnisorganisationen.“

Am 20. Februar hatten wir den Parteitag auf einer Delegiertenberatung vorbereitet, auf der Sitzung des Bezirksvorstands am 17. März werten wir ihn aus und beschließen unsere Arbeitsvorhaben. Unter anderem reden wir über eine Kommunalberatung.

Schon am 2. April habe ich langes persönliches Gespräch mit Thomas. Er will angesichts der tiefen Zerwürfnisse zweierlei SDAJ. Ich hatte ihm am Vortage per Mail meine Meinung dazu mitgeteilt: „Wie Du meinen Fragen sicherlich hast entnehmen können, bin ich strikt gegen ein Konzept von zwei SDAJ. Das liefe auf eine Selbstzerstörung als Organisation hinaus. Schnurstracks hätten wir bald drei, bald vier, bald keine SDAJ mehr.“

Am 3. April führt das Kölner Sekretariat ein ausführliches Gespräch mit den jungen GenossInnen über die Perspektive der SDAJ, meine Notizen dazu sind auf kommunisten.de nachzulesen.

Auf der Sekretariatsitzung am 10. April schätzen wir die konstituierende PV-Tagung ein. Patrik hat in seinem Referat eine zentrale Konferenz zur Kommunalpolitik für den Herbst angekündigt. Meine Meinung dazu: „Patrik sortiert Bezirke, die vorbereiten, und solche, die

von der Vorbereitung ausgeschlossen, aber wohl belehrt werden sollen. So wird es nicht kommen.“

Auf der Sekretariatssitzung vom 25. April legt Nico ein Papier vor, das die SDAJ auf ihrer LMV am 4. und 5. Mai beschließen soll. Darin wird die Unvereinbarkeit der rheinischen Variante ihrer Politik mit der der Zentrale postuliert. Wir sind mehrheitlich dagegen und warnen vor den Folgen.

Thema der dritten Bezirksvorstandssitzung vom 28. April sind u.a. die Tarifaueinandersetzungen. Das Referat zur Kommunalpolitik wird mit Zustimmung aufgenommen. Wir fassen den Beschluss zur kommunalpolitischen Beratung, legen den Termin auf den 15. Juni. Eine derartige Beratung ergibt sich aus der Handlungsorientierung der 20. BDK, in der es unter anderem heißt:

„Im Frühjahr 2014 stehen in NRW Kommunalwahlen an. Diese sollten frühzeitig inhaltlich, entlang der kommunalpolitischen Konflikte (Finanzen, Wohnen, Bildung, Armut) und organisatorisch vorbereitet werden.“

Außerdem verabschieden wir mit Mehrheit eine Erklärung des BV. Titel:

„Die Entlassungen bitte überprüfen!“

„Der BV der DKP Rheinland-Westfalen bittet den PV der DKP, seinen Beschluss über die Beendigung der Tätigkeit von Michael Maercks als Chefredakteur von kommunisten.de zu überprüfen.“

Wir waren mit dieser Tätigkeit überwiegend zufrieden und konnten feststellen, dass kommunisten.de für die DKP nützlich und wirksam war. Michael hat deutlich und ausdrücklich auf der von ihm verantworteten Website Nachrichten, Berichte und Meinungsäußerungen getrennt. In der Regel sind die Artikel namentlich gekennzeichnet. Für den Fall, daß der PV in seiner Mehrheit die Bewertung aufrecht erhalten will, Michael habe sich nicht von den Interessen der Gesamtpartei, den Beschlüssen des Parteitages und der vom Parteitag gewählten neuen Führung leiten lassen und dass er überhaupt zu einer ‚zunehmend subjektivistischen‘ Berichterstattung neige, erwarten wir eine stichhaltige Begründung.

Wir kennen keine Beschlüsse der neuen Führung, die Michael zu verletzen schon vor der 1. PV-Sitzung die Gelegenheit hätte haben können. Welche Beschlüsse des Parteitages soll er ignoriert haben? Welches Interesse der Gesamtpartei versäumt Michael Maercks zu vertreten? Wer ist mit der Strömung gemeint, in deren Sinne Michael sich parteiisch verhalten habe? Was wäre ihr vorzuwerfen? Gibt es darüber einen Beschluss? Zählen womöglich Genossinnen und Genossen dazu, ohne es zu wissen? Wer führt die Liste und in wessen Auftrag?

Wir erwarten zumindest, daß der Parteivorstand den Anstand aufbringt, Michael seinen Dank auszusprechen für diese - wie im Entlassungsbeschluss erwähnt - ehrenamtliche Tätigkeit. Denn wer wollte künftig das Risiko eines Ehrenamts für die Partei eingehen, wenn es ihm so schäbig vergolten wird?

Der Bezirksvorstand der DKP Rheinland-Westfalen bittet den PV der DKP, die Entscheidung über die Entlassung von Bettina Jürgensen im Sinne der Argumente von Uwe Fritsch zu überprüfen. Mit ihr sollte eine Gespräch geführt werden, ob und an welcher Stelle sie der Partei oder der Partei nahestehenden Organisationen künftig ihre Arbeitskraft und politischen Fähigkeiten zur Verfügung stellen könnte.

Der Bezirksvorstand der DKP Rheinland-Westfalen bittet den PV der DKP, die Entscheidung über die Entlassung von Klaus Weißmann als Bundesgeschäftsführer zu überprüfen. Sie ist unzureichend begründet. Der Gesichtspunkt des Vertrauens kennzeichnet unseres Erachtens den Eigentümerstandpunkt bürgerlicher Provenienz. In einem bürgerlichen Betrieb indes wäre zunächst eine Abmahnung fällig gewesen. Die ist unterblieben. Vorgehalten wird ihm nicht einmal ein Mangel an „Loyalität zu den bisherigen Entscheidungen des 20. Parteitags, noch

zum neugewählten Parteivorstand“, sondern nur die Mutmaßung, daß diese nicht zu erwarten sei.

Selbst für den Fall, dass die weiteren Gründe, die aus der Diskussion auf der 1. PV-Tagung zu diesem Punkt genannt werden, sich auf zutreffende Sachverhalte bezögen, können sie eine Entlassung nicht rechtfertigen.“

Eine Antwort haben wir auf dieses Schreiben bisher nicht erhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Landesmitgliederversammlung (LMV) der SDAJ Rheinland-Westfalen war für den 4. Mai von Nico Quittmann ordentlich einberufen worden. Allerdings ziehen gleich zu Beginn Thomas Liermann, Nico Quittmann mit einigen ihrer Freunde aus, um im Park eine eigene Organisation zu gründen, die zunächst den Namen SDAJ beanspruchte. Auf dieser Sitzung im Park wurde eine Landesleitung gewählt und ein Leitantrag beschlossen, in dem es neben sehr vielen richtigen analytischen Aussagen und strategischen Ideen etwas überraschend, aber bezeichnenderweise hieß: „Wir brauchen eine sozialdemokratische Regierung, die dem Druck der Menschen nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und nach Vermögensumverteilung Rechnung trägt. Daher wollen wir uns für rot-rot-grüne Mehrheiten einsetzen und insbesondere sichern, dass die Linkspartei ins Parlament kommt.“

Auf unsere nächsten Sekretariatsitzung am 15. Mai formulieren wir den Aufruf zur kommunalpolitischen Konferenz. Dann diskutieren wir über die LMV der SDAJ und stellen fest, dass am 4. Mai die rheinische SDAJ von Nico und Thomas zerlegt worden ist, obwohl wir genau das am 25. April mehrheitlich anlässlich der Diskussion ihrer Unvereinbarkeitsthese abgelehnt hatten. Ich fordere Thomas zum Rücktritt auf. Er lehnt ihn ab. Mit derselben Mehrheit beschließen wir die Vorlage zum Thema SDAJ für die nächste Bezirksvorstandssitzung am 9. Juni. Wir beraten auch über den Ort dieser BV-Sitzung. Als ich das Freidenkerzentrum vorschlage, bekommen wir von Thomas und Nico zu hören, daß der Raum zu klein sei, denn es wollten viele junge Genossinnen und Genossen der abgespaltenen SDAJ kommen. Das lehnt die Mehrheit des Sekretariats ab. Wir wollen, daß die BV-Mitglieder unbehelligt ihre Meinung bilden, um verantwortlich entscheiden zu können.

19. Mai Pfingstcamp der SDAJ in Münster. Klaus Weißmann und ich fahren hin.

25. Mai zweiter Teil des Parteitags in Hannover. Von unseren 20 Delegierten nehmen nicht alle ihr Mandat war.

Die Sitzung des Bezirksvorstands vom 9. Juni verspricht spannend zu werden. Als erster kündigt sich Patrik als Gast an. Dann meldet sich Renate per Mail mit folgendem Text:

„Werte Genossen Klaus Stein und Thomas Liermann,

habt Dank für Eure Einladung zur Bezirksvorstandssitzung am 09.06.2013.

Dieser Einladung entnehme ich: ‚Gäste sind zu dieser Bezirksvorstandssitzung nicht eingeladen.‘

Darüber bin ich ein wenig verwundert, ging ich doch bisher davon aus, zumindest DKP-GenossInnen aus dem neu gewählten LAA der SDAJ Rheinland-Westfalen seien zu einer Tagung des Bezirksvorstands zum Thema Jugendpolitik selbstverständlich eingeladen – wie in den Jahren zuvor auch.

Habt Ihr solch eine Einladung vergessen auszusprechen?

Oder möchtet Ihr lediglich privatissime im BV über jugendpolitische Themen der DKP reden?

Oder eine andere Variante: Möchtet Ihr unser Verhältnis zur ‚SDAJ Rheinland‘ - wenn ich mich recht erinnere, nennt sich so die Spalter-SDAJ, die Nico und Thomas präferieren – ebenso privatissime diskutieren?“ [...]

„Des Weiteren möchte ich Euch bitten zu eruieren, wann und von wem die Geschäftsordnung beschlossen worden ist.

Diese GO legt fest, dass allein das Sekretariat entscheidet, ob Gäste eingeladen werden.

Allerdings ist das Sekretariat ‚nur‘ ein Arbeitsausschuss des Bezirksvorstands. Der Souverän ist und bleibt allein der Bezirksvorstand; folgerichtig kann auch nur er über die Einladung von Gästen bzw. einen VORSCHLAG des Sekretariats dazu entscheiden.

Meiner Meinung nach widerspricht diese GO unserem Statut. Deshalb sollten wir bei nächster Gelegenheit diese Geschäftsordnung abändern. Ich möchte Euch bitten, diesen Punkt in die Tagesordnung der übernächsten Bezirksvorstandssitzung aufzunehmen.

Sehr geehrte Genossen, schon jetzt teile ich Euch vorsorglich mit, dass zwei Mitglieder der SDAJ Aachen ab dem TOP Jugendpolitik an der BV-Sitzung teilnehmen werden.“ Soweit Renate.

Ich antworte zunächst mit dem formellen Hinweis auf die im Januar in ihrer Anwesenheit beschlossene Geschäftsordnung und dann: „Wir waren uns im Bezirkssekretariat bezüglich der Beschlussvorlage nicht einig. Sie ist Ergebnis einer Mehrheitsentscheidung. Es geht um eine Antwort des Bezirksvorstands auf die Frage der besonderen Verantwortung, die wir gegenüber der SDAJ haben. Aus diesem Umstand resultiert das Bedürfnis, aber auch die Pflicht, dieses Leitungsproblem zunächst einmal unter den rechenschaftspflichtigen Mitgliedern des Bezirksvorstandes offen und unter Verzicht auf Gäste zu klären.“

Zu Beginn der Sitzung will Peter eine neue Geschäftsordnung diskutieren, dieser Punkt soll als erstes auf die Tagesordnung. Sein Antrag findet keine Mehrheit. Dann beantragt Peter, die draußen wartenden Genossen der legitimen SDAJ an der BV-Sitzung teilnehmen zu lassen. Auch dafür gibt es keine Mehrheit.

Man muss sich vorstellen, wie die BV-Sitzung verlaufen wäre, wenn wir den Ansprüchen der SDAJler der einen wie der anderen Seite entsprochen hätten und beide zu unserer Sitzung eingeladen hätten. Tut mir leid, ich stelle mir das als Tumult vor.

Wir werten sodann auf der Vorstandssitzung den dritten Tag des Parteitags aus und besprechen fällige Details der kommunalpolitischen Beratung am kommenden Wochenende. Thomas referiert über Jugendpolitik. Am Ende beschließen wir die schon im Sekretariat kontroverse Vorlage mit geringen Veränderungen. Das hat die unvermeidliche Folge, dass Thomas und Nico von ihren Funktionen im Bezirk zurücktreten. Außerdem legen wir für die fälligen Nachwahlen eine außerordentliche BDK den Zeitraum Ende September/Anfang Oktober fest.

Der entscheidende Absatz unseres Beschlusses lautet: „Kölner und Solinger Mitglieder des Jugendverbands haben durch ihren Auszug aus der LMV auf ihre Wahl- und Mitspracherechte im Landesverband der SDAJ verzichtet.

Der Bezirksvorstand der DKP Rheinland-Westfalen stellt fest, dass junge Genossinnen und Genossen, gar Funktionäre unserer Partei, damit ihrer besonderen Verantwortung gegenüber der SDAJ nicht gerecht werden. Wir fordern sie auf, sich auf der Grundlage der Satzung wieder konstruktiv an der Arbeit der SDAJ Rheinland-Westfalen zu beteiligen.“

Die Entwicklung dieser Kontroverse um die SDAJ wird in der Begründung kurz dargestellt: „Nun ist eingetreten, was seit der Landesmitgliederversammlung der SDAJ Rheinland-Westfalen im Februar 2012 zu befürchten war. Mitglieder der Gruppen Aachen und Wuppertal akzeptierten den mehrheitlich beschlossenen Leitantrag ebenso wenig wie das Ergebnis der Wahlen und ließen sich nicht mehr für die gemeinsame Arbeit im Rahmen des Landesverbandes gewinnen. Gespräche des DKP-Bezirkssekretariats, die in einen Beschluß

des DKP-Bezirksvorstands vom 3. Juni 2012 mündeten, blieben vergeblich, nicht zuletzt, weil sich die GenossInnen aus Aachen daran nicht beteiligten. Unsere Aufforderung an die jungen Genossinnen und Genossen der DKP, auf der Grundlage der Beschlüsse des Bundesvorstandes und der LMV vom 25./26. Februar 2012 zur solidarischen und gemeinsamen politischen Arbeit in der SDAJ zurückzukehren, hatte keinen Erfolg. Dabei betrafen die politischen Differenzen überwiegend methodische Fragen bei der Formulierung politischer Forderungen, der Gewinnung von weiteren Mitgliedern und der Zurückdrängung bürgerlichen Bewusstseins. Der Streit reichte bis in die Bundesorganisation der SDAJ, er verstärkte die Gegensätze. Die Differenzen wurden nicht ausgetragen, stattdessen wurden sie administriert. So wähten die Beteiligten am Ende eine Unvereinbarkeit der Positionen, postulierten sie sogar.“

Nun, im Grunde war die Lage der jungen GenossInnen noch komplizierter, als wir in der Begründung des Beschlusses darstellen konnten. In der Tat verschränken sich hier Kernfragen unserer Strategie. Es handelt sich um Konflikte, die ins Herz der Partei zielen. Denn auf der Landesmitgliederversammlung der SDAJ Rheinland vom 25./26. Februar 2012 mochte eine Minderheit unserer jungen Genossen die Notwendigkeit des Kampfes um demokratische Grundrechte nicht erkennen, auch solcher, die im Grundgesetz garantiert werden. Die Bedeutung des Unterschieds von Kapital und Monopolkapital und ihre Bedeutung für unsere antimonopolistische Strategie blieben einigen jungen Genossen verborgen. Ich erinnere daran, daß die Wuppertaler Gruppe der SDAJ, namentlich sogar unser Genosse Klotzowski, anlässlich der Diskussion des Leitantrags gegen „Phrasen der DKP“, genauer: „überholte Phrasen der DKP“ polemisierte. Nach den vergeblichen Bemühungen des Bezirks spitzten sich die Konflikte zu, lähmten die politische Arbeit der SDAJ.

Unsere kommunalpolitische Beratung am 15. Juni ist mit 33 Teilnehmern gut besucht. Es gibt Gäste aus anderen Bezirken, Michael Gerber aus Bottrop berichtet vom erfolgreichen Kampf gegen die Schließung des Stenkhoffbades, Jörg Detjen, Stadtrat von der PDL, referiert unter anderem über die Vermeidung von Stromabsperungen. Ich stelle in meinem Referat ausführlich die finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen angesichts der Schuldenbremsen im Gefolge von Fiskalpakt und ESM dar. In Arbeitskreisen diskutieren wir auf hohem Niveau über Wohnungsmarkt und Mietpreise, Privatisierungen und den Kampf dagegen, über Kitas, Ganztage, Gesamtschulen und über das Bermudadreieck der Energiepreise, über Verkehrspolitik, leider wird wenig über den Kampf um ein Sozialticket diskutiert. Der Text des Kölner Antrags zu den Kommunal финанzen, den wir heute nachmittag behandeln werden, beruht im wesentlichen auf der Schlussresolution dieser Beratung.

Am 22. Juni vertrete ich unseren Bezirk in Essen bei der Beratung mit Hans-Peter Brenner über die ideologische Arbeit der Partei. Zur gleichzeitigen zentralen Org-Beratung war unser Bezirk meines Wissens nicht eingeladen.

Vom 5. Juli bis zum 30. Juli mache ich Urlaub. Er war nicht nur lange vorher geplant, ich hatte ihn auch nötig. Unter den Hunderten von Mails, die ich hinterher zu bearbeiten hatte, waren mehrere von Peter Lommes.

Die folgende ist vom 10. Juli: „Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst einmal im Anhang ein kurzer Brief von Uwe, Renate und mir, in dem wir unsere Bereitschaft erklären, unter den komplizierten Bedingungen, die nach dem Rücktritt von Thomas als Bezirksvorsitzender und Nico aus dem BV entstanden ist, ins Sekretariat zu gehen, um mitzuhelfen, die Arbeitsfähigkeit des BV vor allem im Hinblick auf die Vorbereitung der notwendigen a.o. BDK aufrecht zu erhalten.“

Gerade in einer derartig komplizierten Situation wundere ich mich allerdings darüber, dass bis zum heutigen Tag noch keine Einladung zu der im Terminplan festgelegten BV-Tagung kommenden Sonntag eingegangen ist. Oder soll diese Tagung gar nicht stattfinden und es ist einfach nur vergessen worden, diesen Termin abzusagen. Ein solches Herangehen würde ich aber für noch problematischer halten, da dies die letzte Gelegenheit wäre, noch vor der Sommerpause (die Schulferien beginnen am 22.07.), für die Zeit bis zur a.o. BDK und für die a.o. BDK selber entsprechende Weichenstellungen vorzunehmen. Darüber hinaus gibt es wichtige Fragen, die ich gerne kurzfristig auf der BV-Tagung geklärt hätte:

- 1.) Hat das Treffen, zu dem Bettina, Leo und andere für den 15./16.06. eingeladen haben im unmittelbaren Nachgang zu unserer kommunalpolitischen Beratung, in unserem Bezirk stattgefunden?
- 2.) Haben Mitglieder des Bezirksvorstandes dieses Treffen mit vorbereitet, bzw. wussten Sie von diesem Treffen, bzw. haben Mitglieder des Bezirksvorstandes an diesem Treffen teilgenommen?

Mit kommunistischem Gruß“.

Soweit Peters Mail.

Der anhängende Brief von Uwe, Renate und Peter hat folgenden Wortlauf:

„da das Sekretariat als Arbeitsausschuss des Bezirksvorstandes arg geschrumpft ist, wird es in den nächsten Monaten schwierig sein, die politische Handlungsfähigkeit unseres Bezirks auf allen Feldern zu erhalten, geschweige denn die Handlungsfelder zu erweitern. Wir sind daran interessiert, dass der Bezirksvorstand mit seinem Sekretariat – auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen – in die Politik eingreift und die Zusammenhänge der Probleme, die die Menschen belasten, erläutern kann.

Deshalb möchten wir unsere Hilfe anbieten und sind bereit, bis zur geplanten

Delegiertenkonferenz im Sekretariat mitzuarbeiten. Wie dann später gewählt wird, entscheidet der Souverän der Delegiertenkonferenz.

Wir bitten Euch, über unseren Vorschlag nachzudenken und bei der bevorstehenden Tagung des Bezirksvorstandes darüber zu entscheiden.

Rote und solidarische Grüße

Uwe, Renate und Peter“

Was den Vorwurf angeht, ich hätte die Sitzung vom 14. Juli absagen müssen, da hat Peter recht. Das habe ich versäumt und mich dafür auf der folgenden BV-Sitzung zu entschuldigen versucht. Verwundert habe ich mich allerdings über die Bitterkeit dieses Vorwurfs, die in weiteren Mails an alle möglichen Empfänger über den Bezirk hinaus zum Ausdruck kam. Denn mit etwas praktischem Verständnis wird auch ohne weitere Erläuterung einleuchten, warum sie nicht hat stattfinden können. Uwe, Peter und Renate hatten doch zur Kenntnis genommen, dass das Sekretariat „arg geschrumpft“ war.

Aber ich möchte Peters Fragen bei dieser Gelegenheit zum Anlass nehmen, etwas über die Parteiströmungen zu sagen und wie sie in unseren Bezirk hinein- und hinauswirken.

Das Sekretariat des Parteivorstandes hat mit einer Erklärung, die am 13. September in der UZ erschienen ist, verschiedene Ereignisse zum Anlass genommen, an unsere Organisationsprinzipien zu erinnern, und zitiert unser Statut: „Kommunistinnen und Kommunisten halten die innere Ordnung der Partei als für jedes Mitglied verbindlich. Sie verstehen die Bildung von Fraktionen, d. h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen, als Gefahr für den Bestand der Partei.“

In der Tat. So ist es. Ich setze noch einen drauf und sage: Fraktion macht dumm und meine damit, daß die Intelligenz und die Erfahrungen aller Mitglieder durch die innere Ordnung der

Partei erschlossen und genutzt werden müssen, das heißt, wir benötigen eventuellen Widerspruch, aber letztlich die Weisheit aller Genossinnen und Genossen vor unseren Beschlüssen und ihrer Umsetzung. Das ist nicht nur klug so, sondern auch praktisch, weil eine breite demokratische Beteiligung vor den Beschlüssen eine hohe Beteiligung bei der Umsetzung danach sichert.

Und das erscheint so selbstverständlich, dass das Sekretariat des PV es sich sparen zu können glaubte, auch noch den Passus über die innere Ordnung zu zitieren. Es heißt da: „Die innerparteiliche Demokratie in der DKP wird geprägt von der marxistischen Weltanschauung - den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin - und der Gemeinsamkeit der politischen Ziele. Dieses macht die Mitglieder der DKP zu einer organisiert und solidarisch handelnden Gemeinschaft von Gleichgesinnten.

Kommunistinnen und Kommunisten lassen sich stets von dem Grundsatz leiten, daß ihr gemeinsames Handeln die Voraussetzung der Aktionsfähigkeit und Stärke ihrer Partei ist. Darum verbindet sich in der DKP die breite innerparteiliche Demokratie mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion. Das erfordert: engere Einbeziehung aller Mitglieder in die Vorbereitung von Entscheidungen sowie in die Entscheidungen selbst; die Entwicklung einer konkret auf die Bedürfnisse und Interessen der Mitglieder und der arbeitenden Menschen bezogenen Politik; die Qualifizierung und Befähigung der Mitglieder zur Durchsetzung der Politik der Partei; die ständige Einbeziehung der Mitglieder in die Ganzheit der Leitungsprozesse, also auch in die Kontrolltätigkeit auf unterschiedlichen Ebenen.“

So also sieht die innere Ordnung unserer Partei aus.

Leider ist die Verletzung dieser inneren Ordnung nicht mit der Erneuerer-Bewegung beendet gewesen. Mir scheint die Politik, die im Organ „Theorie und Praxis“ erarbeitet und unter die Genossen gebracht worden ist und immer noch wird, nicht frei zu sein von Merkmalen, mit denen das Statut eine Fraktion kennzeichnet. Man darf sogar sagen, daß sich diese Politik auf dem Parteitag fraktionsförmig durchsetzen konnte. Ein Hinweis darauf ist der Umstand, dass Patrik, der bis dato für diese Zeitschrift verantwortlich zeichnete und nach seiner Wahl darauf verzichtete, sich noch fraktionsförmig bewegt. Das habe ich ihm auch am 9. Juni auf unserer BV-Sitzung gesagt. Seine Antwort: er grinste. Selbstverständlich darf die Wahl von Thomas Liermann zum Vorsitzenden unserer Bezirksorganisation als deutliche Parteinahme in der Parteidiskussion verstanden werden. Allemal war die Ablehnung seiner Wahl in den PV fraktionsförmig. Heinz Stehr hatte auf die eigene Kandidatur zugunsten von Thomas verzichtet. Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit billigend in Kauf nahm, dass Thomas für seine Politik, die er selbstverständlich für die Linie der DKP hält, keine Perspektive mehr sah. Fraktionsförmig war vorher schon die Obstruktion der rheinischen SDAJ durch die Aachener und Wuppertaler Gruppe unter Führung von jungen Genossen der DKP. Fraktionsförmig war die Wahl von Peter Lommes zum PV-Mitglied. Er war vom BV im Januar ausdrücklich weder als PV-Kandidat noch als Gast nominiert worden.

Ich fürchte, dass Thomas aus dem Ergebnis des Parteitages allzu pessimistische Schlüsse gezogen hat. Aber es geht nicht nur um Thomas. Viele von uns verzweifeln angesichts der Linie, die sich durchzusetzen scheint, aber auch angesichts der administrativen Formen, in denen das geschieht. Ich will aber auch sagen: Ich verzweifle nicht.

Selbstverständlich berufen sich alle auf den Artikel zwei des Statuts, wo das Recht der Mitglieder garantiert wird, einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative, politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben.

Aber damit ist die fraktionsförmige Entlassung von Michael Maercks, Bettina Jürgensen und Klaus Weißmann nicht zu rechtfertigen. Kennzeichnend dabei ist nicht einmal, dass die Bitte, diese Entlassungen zu überprüfen, nicht erfüllt wurde oder dass auf eine Antwort verzichtet wurde, sondern die offen bleibende Frage, wer mit der Strömung gemeint ist, in deren Sinne

Michael sich parteiisch verhalten habe, noch bevor er Gelegenheit gehabt hätte, Beschlüsse des Parteitages oder des PV zu ignorieren oder zu verletzen. Das war und ist kennzeichnend. Von Strömung wurde PV-offiziell doch schon vor dem inkriminierten Treffen vom 15. und 16. Juni gesprochen und daraus einschneidende personelle Konsequenzen gezogen. Der Fraktionsvorwurf erfolgt offenkundig nach der Methode „Haltet den Dieb!“. Ich will damit sagen: Die innere Ordnung unserer Partei, wie sie das Statut fasst, ist eine Idylle im Verhältnis zu den gegenwärtigen Gebräuchen. Selten wird mit offenen Karten gespielt. Aufklärung tut not. Es geht auch heute darum, dass wir den politischen Kern dessen, was fraktionell abgestützt oder unabhängig davon wirkt, erkennen. Es geht um die Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen,
Die Uni Düsseldorf trägt den Namen Heinrich Heine seit dem 20. Dezember 1988 – also seit ziemlich genau 25 Jahren. Der Kampf darum hat lange gedauert. Seit 1972. Es gibt nicht mehr viele der damaligen Genossinnen und Genossen des MSB, die sich mit Stolz an ihren Anteil erinnern. Also unser Heinrich Heine erzählt im Wintermärchen von einer jungen Frau, die sich mittels Harfe musikalisch bestätigt:

Sie sang das alte Entsagungslid,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

Das Wintermärchen kam 1844 auf den Markt. Zu der Zeit hielt sich Karl Marx als Asylant schon ein Jahr in Paris auf. Marx war bekanntlich kein Marxist, sondern ein Fan von Heine. Der freundschaftliche Kontakt des 26jährigen Doktors der Revolution mit dem 47jährigen Dichter in Paris war rege. Beide beteiligten sich an dem Projekt der deutsch-französischen

Jahrbücher, Marx mit der Einleitung zu einer Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Heine mit spöttischen Lobgesängen auf König Ludwig von Bayern. Schon zu diesem Zeitpunkt mussten beide ihre Abschiebung befürchten. Sie wurde von Preußen betrieben. Marx traf es im Februar 1845, Heine konnte bleiben.

Was meint Heine mit dem Himmelreich, mit den Rosen, Myrten, Schönheit, Lust und den Zuckererbsen? Selbstverständlich kritisiert er die christliche Utopie eines Paradieses, in dem die Zustände herrschen, die man schon auf Erden durchsetzen sollte. Er bringt in Verse, was Marx zur selben Zeit in Prosa fasste: „Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über einen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“ (MEW 2, 378/9)

Dieses Opium-Motiv entleiht sich Marx aus der Denkschrift Heines über Ludwig Börne von 1840. Heine schreibt dort: „Heil einer Religion, die dem leidenden Menschengeschlecht in den bitteren Kelch einige süße, einschläfernde Tropfen goss, geistiges Opium, einige Tropfen Liebe, Hoffnung und Glauben!“ (Heinrich Heine, Werke und Briefe, Berlin und Weimar 1980, Band 6, S. 194).

Bei der Anrufung des Himmelreichs voll harmloser Zuckererbsen - wir würden heute von Gummibärchen reden - ist indes ein ironischer Unterton nicht zu überhören.

Mit der sozialistischen Variante dieses Himmelreiches setzt sich Domenico Losurdo in seinem Stalinbuch auseinander, wenn er den Widerspruch der Schönheit des echten Sozialismus und Kommunismus einerseits und der hoffnungslosen Mittelmäßigkeit der Lage der Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg bis zum Anfang der dreißiger Jahre vermerkt. Er sagt: Die messianische Vision der künftigen Gesellschaft wurde bei der Einführung des NEP heftig enttäuscht. Die Neue Ökonomische Politik (NEP – Nowaja ekonomitscheskaja politika) konnte Lenin 1921 nur gegen erheblichen Widerstand in der Partei durchsetzen. Nach dem XV. Parteitag 1927 wurde sie aufgegeben. Ihr Hauptmerkmal waren marktwirtschaftliche Elemente in der Landwirtschaft, im Handel und selbst in der Industrie mit der Folge, dass sich zur Entrüstung der Kommunisten Kapital herausbildete. (Wenn die gewusst hätten, wie es heute in China zugeht!) Trotzki erklärt den Widerspruch von Vision und gesellschaftlicher Realität mit Verrat. Losurdo führt die Gründung der IV. Internationale im Jahre 1938 auf ihren „abstrakten Universalismus“ zurück. „Exaltierten Universalismus“ nennt er das an anderer Stelle (S. 142). Er schreibt: „Keine Ordnung kann den Anspruch der direkten, unvermittelten Verwirklichung der Allgemeinheit erfüllen, der vom Anarchomessianismus vorgebracht wird.“ (S. 142). Losurdo nimmt sogar Hegel in Anspruch, der sich in der „Phänomenologie des Geistes“ auf die Französische Revolution bezieht und sagt, daß der Terror eine „Negation des Einzelnen als Seienden in dem Allgemeinen“ sei. Nach Losurdo gerate das Pathos der Allgemeinheit zu einer leeren Phrase, wenn es den konkreten und bestimmten Inhalt vermeide. Just dieser konkrete und bestimmte Inhalt werde als Verrat empfunden. „Die eigentlich ideologische Komponente des Terrors verweist dagegen auf den Kult der abstrakten Allgemeinheit und Utopie“ (S. 143).

Zwar stimmt es, was Heine im Vorwort zur Lutetia sagt:

„Die Kommunisten haben allerdings keine Religion (kein Mensch ist vollkommen), die Kommunisten sind sogar Atheisten (was sicherlich eine große Sünde ist).“ (Vorwort zur Lutetia, Heine Werke und Briefe, Band 6, S. 248)

Aber wir haben es in der Geschichte der Arbeiterbewegung, namentlich in der Geschichte unserer Partei immer wieder mit utopischen Elementen in unserer Programmatik und Politik zu tun. Das fängt mit der Fraktion Willich-Schapper an, die Ende 1850 aus dem Bund der Kommunisten ausgeschlossen worden ist. Unmittelbar nach ihrer Gründung im Dezember 1918 lehnte die KPD die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Paul Levi, damals noch ihr Vorsitzender, wurde 1921 wegen der Kritik an der putschistischen Taktik der KPD ausgeschlossen. Die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Internationale war zunächst in der KPD nicht mehrheitsfähig. Euch allen ist die Sozialfaschismus-Theorie und ihre Überwindung durch den VII. Weltkongress bekannt. Erst mit dem Sieg des Faschismus und als bittere Lehre daraus, stabilisierte sich die Politik von Aktionseinheit und Volksfront gegen den Faschismus. So war er besiegt worden. Und 1945 hat die Partei in der sowjetisch besetzten Zone den Zusammenschluss mit der SPD zur SED vollzogen, dasselbe aber auch an vielen Orten im Westen – mit nur zeitweiligem Erfolg - gemacht. Diese geschichtlichen Lehren beherzigen wir bislang noch. Wir streben die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Sozialisten an, um Fortschritte in der Politik im Sinne der arbeitenden Menschen zu erzielen. Und das soll so bleiben. Ich jedenfalls stehe dafür.

Losurdo erfasst idealtypisch den Konflikt, den die Kommunisten nach ihrer historischen Niederlage 1990 zu verarbeiten haben.

Nun ist der Begriff der Utopie für manche von uns etwas undeutlich. Wörtlich übersetzt heißt er „kein Ort“. Kein Himmelreich wird jemals auf die Erde kommen. Aber für uns hat das Wort Utopie auch die Bedeutung einer weiter entfernten Zielvorstellung, die nicht immer in unserer Tagespolitik durchscheint. Wenn Peter Lommes auf einer unserer BV-Sitzungen bei der Auswertung der Umfairteilen-Aktionen im vergangenen Jahr den Sozialismus in den Forderungen dieser Bewegung vermisst, dann versucht er doch die näher liegenden Ziele mit unserer fernerer Perspektive zu verbinden – dabei hatte aber schon Ver.di ein Problem mit der Forderung nach höheren Steuern für die Reichen, weil sie betrieblich nicht zu vermitteln seien. Das soll hier nur als Hinweis darauf dienen, dass angesichts der Niederlage des Realen Sozialismus selbstverständlich manche unserer Forderungen, so vernünftig sie sind, der Klasse und ihren organisierten Teilen utopisch, im Sinne von nicht erreichbar oder allzu fern liegend, erscheinen müssen.

Umgekehrt hat sich Hans Peter Brenner auf dem Parteitag durchgesetzt, als er bei der Forderungen nach entschädigungsloser Enteignung und Überführung der großen Finanzinstitute, der Energiekonzerne, der Banken und Versicherungen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle den Verzicht auf den Einschub „einschließlich der Europäischen Zentralbank (EZB)“ forderte. Das sei unrealistisch und schüre Illusionen. Tatsächlich folgte ihm und nicht der Mehrheit der Antragskommission die Mehrheit des Parteitags und zuckte bei der zentralen europäischen Institution des Finanzkapitals vor der Vergesellschaftung zurück. Wir machen zwar bei Blockupy mit, aber die EZB soll nur symbolisch angegriffen werden? Sollen wir künftig diese zentrale europäische Institution des Finanzkapitals EZB als Fetisch behandeln, allenfalls zum Wohle der Glaserinnung ihre Scheiben einschmeißen oder ist da eine sozialistische Forderung fällig? Unser Verzicht darauf erscheint sehr verzagt, Hans Peter. Hier deutet sich große Unsicherheit angesichts der unüberwindbar erscheinenden Macht des Monopolkapitals an. Ab wann wollen wir denn davon sprechen, dass wir vorhaben, die EZB in demokratisch kontrolliertes gesellschaftliches Eigentum zu überführen?

In diesem Fall haben wir es also mit einer rechten Abweichung zu tun. Das glaubt mir wieder keiner. Aber so ist es.

Ich will damit sagen, dass in unserer Partei jede Menge Unsicherheiten wirken, Unsicherheiten, die sich zunächst aus unserer Schwäche erklären. Da wird gern schon mal der zweite Schritt vor dem ersten erstrebt, Taktik und Strategie verwechselt. Auch wenn unsere Ziele weit von ihrer Realisierung entfernt erscheinen, ist es keineswegs belanglos, ob wir im Alltag konsequent den sozialistischen Charakter unserer Forderungen betonen und uns damit gegenüber möglichen Bündnispartnern abgrenzen, oder ob es womöglich zuträglich ist, für die gemeinsamen Forderungen zunächst einmal Bewegung anzuregen.

Gegenwärtig organisieren sich diese ideologischen Unschärfen in Gestalt von Strömungen. Die neue Mehrheit, die sich auf dem Parteitag herausgebildet hat, versteht noch nicht, daß sie ihre fraktionsförmigen Bewegungsformen aufgeben muss. Auf der anderen Seite ist die Minderheit ganz überrascht und versucht sich zunächst über ihre Niederlage zu verständigen. Das tut sie noch ganz unzulänglich. Aber schon wird sie als Fraktion gezeißelt. Hans Peter Brenner hat in seinem Referat auf der 2. PV-Tagung (4./5. Mai) postuliert: „wir müssen uns darauf einstellen, dass die Ausdifferenzierung und Verfestigung von Meinungsströmungen bis hin zur Fraktionierung zunächst noch zunehmen könnte.“ Und er kritisiert „künstlich geschürte Befürchtungen“ bezüglich eines „Bruchs mit der bewährten DKP-Politik“. Offenbar reichen schon Zweifel an der Kontinuität unserer Politik, um in den Ruch von Fraktionstätigkeit zu geraten. Ein Konzept gegen die erwähnte Fraktionierungsperspektive scheint aber nicht vorzuliegen. Denn was bedeutet: „Wir müssen uns darauf einstellen“? Soll die „Verfestigung von Meinungsströmungen bis hin zur Fraktionierung“ abgebaut, hingenommen oder gar befördert werden?

Dabei gibt es ein Rezept gegen die befürchtete Verfestigung von Meinungsströmungen. Die Parteiführung muss sich als Führung der gesamten Partei bewegen, den Meinungsstreit suchen, aber in den statutenmäßig dafür vorgesehenen Konferenzen und Gremien. Das muss selbstverständlich auch die Minderheit tun. Es muss überzeugt werden und nicht administriert. Das ist zeitaufwendig und macht uns nicht sofort stärker – aber noch mehr würde uns die gegenseitige Blockierung lähmen.

Geschickt wäre es, die Gemeinsamkeiten zu betonen, in dem Fall ist es das Programm und große Teile des Leitantrags. Nebenbei: Nach unserem Programm ist das nicht der Marxismus-Leninismus, auch wenn er jetzt häufiger postuliert wird. Das mag manchen überraschen. Aber man muss gut hinhören, Hans-Peter, es heißt im Programm. (Zwei Sätze): „Die DKP gründet ihre Weltanschauung, Politik und ihr Organisationsverständnis auf den wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muss, damit er nicht hinter den Realitäten zurückbleibt.

Sie kämpft für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus.“

Wer es noch nicht rausgehört hat: Auch für die freie Verbreitung des Islam einzutreten, schien mir in Köln schon mehrfach demokratische Verpflichtung, deswegen bin ich aber noch lange kein Moslem oder gar Islamist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In der Tat haben wir es heute schon wieder mit utopischen Elementen zu tun, die charakteristisch für etliche linksopportunistische Politikentwürfe sind, zumal solchen, die sich schon vor längerer Zeit vom Realen Sozialismus distanziert haben. So wird behauptet, dass die KPdSU nach dem XX. Parteitag ihren Frieden mit dem Imperialismus gemacht habe und in der Folge von Stalins Tod der Revisionismus eine Vielzahl von kommunistischen Parteien zerfressen habe. Viele lasten dem Reformismus die Schwäche der revolutionären Kräfte an. In Wirklichkeit müssen wir mittlerweile froh sein um jede handfeste und fortschrittliche Reformvorstellung, die in der Lage wäre, Massen zu bewegen. Gegenwärtig erfährt der

Reformbegriff ganz widrige Umdeutungen. In unsere Partei wirken einige sektiererische Politikansätze hinein, die geeignet sind, uns zu schwächen und zu isolieren. Das scheint eine der Rückwirkungen des Umstandes, dass sich die kleiner und differenzierter gewordene kommunistische Weltbewegung nur schwer auf eine wissenschaftliche Deutung des Zusammenbruchs des Realen Sozialismus einigen kann. Im realen Leben begünstigt unsere Schwäche selbstverständlich rechte und autoritäre Politikkonzepte, resignative Stimmungslagen und Anpassungsbereitschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen,
viel gäbe es zu unserer Öffentlichkeitsarbeit zu sagen. Die Zahl unser regelmäßigen Kleinzeitungen hat sich in den vergangenen zwei Jahren erhöht. Ihre Qualität und Verbreitung lässt manchmal zu wünschen übrig, aber das werden wir sicherlich verbessern können. Wir planen Beratungen dazu.

Im Kommunalwahlkampf werden wir noch einen Schlag zulegen, sowohl bei den öffentlichen Veranstaltungen, bei Infoständen wie bei Nachbarschaftsbriefen. Über die Resonanz auf unsere Politik können alle ein Lied singen, die sich auch öffentlich zu ihr bekennen. Sie machen überraschend gute Erfahrungen im Gespräch mit Nachbarn und anderen Menschen auf der Straße, wenn wir unsere Materialien verteilen. Mit dem Verlauf der Krise wächst die Einsicht, dass es so in unserer Gesellschaft nicht weitergehen kann, viele sind neugierig auf unsere Aussagen, selbst wenn sie ihnen nicht zustimmen wollen.

An Ausstrahlung gewinnt unsere Partei auch durch die Präsenz im Internet. Ich bin sehr stolz auf die Homepage des Bezirks, für die Helge verantwortlich ist. Er setzt viel Fleiß und redaktionelles Geschick ein und es lohnt sich. Wir verzeichnen immer mehr Besucher auf unserer Website. Häufig sind es Hunderte Gäste gleichzeitig. Mittlerweile gibt es eine Reihe von GenossInnen, die Texte und Bilder liefern, so dass ein buntes und sogar unterhaltsames Bild der Arbeit der Kreise und Gruppen entsteht. Besonders nennen möchte ich Uwe und Irene. Es gibt ein Übergewicht von Kölner Beiträgen – oder besser gesagt: ein Untergewicht von Beiträgen aus anderen Kreisen. Unsere Homepage ist sehr attraktiv. Es ist nicht leichtsinnig, wenn ich sage, dass sie die beste DKP-Seite in der Republik ist. Das liegt selbstverständlich nicht nur an der Redaktion, sondern an unseren Aktivitäten. Und wir haben mehr zu bieten, als wir bislang veröffentlichen. Aber jetzt schon macht unsere Homepage viele neugierig. Es gibt Anfragen und Kontaktwünsche. In Köln haben eine Reihe derjenigen, die wir als Mitglieder in den letzten Jahren gewinnen konnten, den Weg über unseren Internetauftritt genommen. An dieser Stelle muß allerdings auch gesagt werden, dass nicht alle Kreise einen Internetauftritt hinbekommen.

Hin und wieder gibt es Unfälle. So habe ich mal darauf hinweisen müssen, dass etwa Artikel von der Kommunistischen Initiative Gera nicht in unserem Sinne sind.

Die Gespräche mit der PDL in Köln über Gemeinsamkeiten bei der Kommunalwahl sind gestern mit dem Hinweis auf einen Artikel auf der Kölner Homepage zum Jahrestag der DDR abgebrochen worden. Das ist kein Grund zur Freude.

Oder ich entdecke am 26. Juni einen ungezeichneten Artikel über eine Veranstaltung der KNE, der Jugendorganisation der griechischen Partei. Da ruft die KNE dazu auf, an ihrem Internationalen Meeting vom 5. bis 7. Juli in Krefeld-Uerdingen teilzunehmen. Motto: Aus der deutschen Novemberrevolution lernen.

Ihr Aufruf ist abgebildet, es gibt Zwischentexte, ganz schön sogar.

Ich zitiere aus dem genannten Artikel auf unserer Homepage:

»Auch heute sind die Militäroperationen und Kriege, die im Interesse der Ausbeuter geführt werden, eine Folge der Konkurrenz untereinander. Sie sind die Fortsetzung ihrer ›friedlichen‹ Politik mit militärischen Mitteln.

Diese ›friedliche‹ Politik bedeutet in Griechenland Zerschlagung des Rechtes der Jugend auf Arbeit, auf Bildung, Gesundheit und Freizeit.

In Deutschland bedeutet dies 3,2 Millionen Arbeitslose, 7,5 Millionen Mini- und 1-Euro-Jobber und den ›Sklavenhandel‹ der Leiharbeit.«

(Zwischentext:)Die KNE nennt Verantwortliche:

»Diesen täglichen Krieg gegen die Arbeiterklasse führen alle Parteien des Kapitals in Griechenland (ND, PASOK, DIMAR) und in Deutschland (CDU, FDP, SPD), auch wenn sie eine ›linke‹ Maske der Freunde des Volkes tragen, wie SYRIZA und die Linke, oder ihr nationalistisches rassistisches Gift zu verbreiten versuchen, wie die faschistische ›Goldene Morgendämmerung‹ und entsprechende Kräfte in Deutschland. Es ist der Kapitalismus, der Krisen, Armut, Migration, Kriege hervorruft. Dieser Kapitalismus ist es deshalb, der in jedem Land gestürzt werden muss.«

Ich schicke Helge eine Mail, frage ihn, ob es möglich sei, solidarisch mit den jungen griechischen GenossInnen zu sein, ohne die Partei Die Linke für den Krieg gegen die Arbeiterklasse mitverantwortlich zu machen und in einem Atemzug mit Faschisten zu nennen. Ich frage, wie der Artikel auf unsere Seite kommt. Er glaubt, daß Uwe ihn geschickt hat mit der Bemerkung, er sei mit der Internationalen Kommission abgestimmt. Er ist sich aber nicht sicher. Wie auch immer, im Bezirkssekretariat fassen wir am Folgetag einen Beschluß dazu und lassen ihn auf die Homepage setzen. Er kann dort immer noch nachgelesen werden. Wir referieren darin kurz die deutschen Erfahrungen mit der Novemberrevolution, aber auch mit dem Faschismus und sagen: „Angesichts dieser Erfahrungen halten wir es für die Wiederholung eines alten Fehlers, wenn die jungen griechischen Kommunisten linke Parteien in einem Atemzug mit Faschisten zu Verteidigern des Kapitalismus ernennen.“

Jetzt erst gibt sich der Autor zu erkennen. Uwe reagiert mit einer Mail auf diesen Vorgang, mit Durchschlag unter anderem an Patrik, Wera, Hans-Peter Brenner, Günter Pohl. Irrtümlich geht er davon aus, dass wir seinen Artikel von der Seite genommen hätten. Er schreibt deswegen empört: „Es hat mit mir keinerlei Absprachen des Sekretariats zur Zensurierung meines Beitrages und zu diesen Veränderungen gegeben! Man kann über die Positionen von KKE und KNE trefflich streiten. Durch das Sekretariat wurde aber der Aufruf zur Teilnahme an dem Festival auf eine Weise verändert, dass für die Leser das Ergebnis lautet: Hier distanziert sich die DKP öffentlich von KKE und KNE mit Nachdruck und erteilt öffentlich historisch-politischen Nachhilfeunterricht. Ich hatte die umstrittene Passage in Zitatzeichen gesetzt und damit eindeutig als politische Position der KNE dargestellt. Eine Verwechslung mit DKP-Positionen war also gar nicht möglich und auch nicht beabsichtigt.“

Die Wahrheit ist eine andere. Denn Uwe verwechselt im Sinne der Methode „Haltet den Dieb“ Ursache und Wirkung. Nicht wir geben anderen Parteien Nachhilfeunterricht, sondern wehren uns dagegen, daß uns die Novemberrevolution als Lehre dafür angeboten wird, wie wir mit Sozialdemokraten und anderen Linken umzugehen hätten.

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Uwe, das berührt nun auch Differenzen in der Kommunalpolitik. Denn tatsächlich heißt einer der Gräben, die sich durch die Partei ziehen, Umgang mit der PDL. Gestattet mir einen Ausflug nach Düsseldorf. Als ich von dort 2007 wegzog, saßen mit dem Ticket Linke Liste Genossinnen und Genossen in Bezirksvertretungen, Gundel Kahl sogar im Stadtrat. Von dem Bündnis gab es bald nur noch Trümmer, weil es uns nicht gelang, aus dieser informellen Gruppe einen eingetragenen Verein zu machen, in dem wir mit der PDL auf gleicher Augenhöhe hätten verkehren können. Uns schwebte eine Konstruktion ähnlich der Bochumer Sozialen Liste vor. Dass die PDL daran wenig Interesse hatte, kann man nachvollziehen. Vielleicht waren die immer wiederkehrenden Vorwürfe gegen die PDL bzw. ihre Vertreter, insbesondere gegen Frank Laubenburg, begründet, aber mit Sicherheit hinderten sie uns über Monate, mit der Vereinssatzung zu Potte zu kommen. Nach meinem Wegzug gab es keinen mehr, der auf eine verbindliche Organisationsform der Linken Liste Wert gelegt hätte. Beteiligt an diesem Kleinkrieg, auch das muß gesagt sein, waren nicht nur Genossen. Einer

der Beteiligten hat sich später mal bei mir entschuldigt. Aber die DKP in Düsseldorf hat bis heute an den Folgen zu tragen. Sowohl in Eller wie in Gerresheim flogen wir 2009 aus den Bezirksvertretungen raus. Es ist ganz einfach, dafür der PDL die Schuld zu geben. Die PDL hat alle möglichen Fehler, aber sie ist nicht unser Gegner.

Noch eine Bemerkung. Ich bin in Düsseldorf seit 1975 Mitglied im Kreissekretariat gewesen. In den letzten Jahren bis 2007 als Sprecher. In Düsseldorf verlieren mir Mitglieder. Nicht nur in Düsseldorf. Es sterben mehr alte Genossen als junge gewonnen werden. Stärkung der Partei heißt für mich, attraktive Versammlungen der Parteigruppen mit interessanten Themen, die nicht nur die Genossen interessieren, und mit eigenen Kräften aktiv zu sein und darüber zu schreiben. Vor allem aber gilt es, die Gruppen in die Lage zu versetzen, Mitglieder aufzunehmen. Das ist der tiefe Sinn unseres Wahlkampfes.

Ich bezweifle, dass diese Aufgabe mit Schwerpunktfähnchen zu bewältigen ist, zu denen dann die Pflicht gehört, von anderen Orten anzureisen und Zeitungen zu stecken. Was anderes ist es, die Pille vor den Bayer-Werkstoren zu verteilen. Da benötigen wir durchaus Genossinnen und Genossen aus anderen Orten.

Ein weiteres Thema in den Mails nach meinem Urlaub war die Gründung einer Organisation, die auf den Namen „Unite! Demokratische Jugend“ hört. Offenkundig hatte die Aufforderung des BV vom 9. Juni insbesondere an Thomas und Nico, sich wieder konstruktiv an der Arbeit der SDAJ Rheinland-Westfalen zu beteiligen, keinen Erfolg. Der Kölner Kreisvorstand sagte zum Gründungsaufwurf: „„Unite“ verzichtet in ihrer Erklärung insbesondere auf die Darstellung der kapitalistischen Machtverhältnisse in diesem Land. Diese Machtverhältnisse lassen sich aber nicht verbergen. Sie müssen sogar überwunden werden, um eine Perspektive für ‚ein gutes Leben‘ zu eröffnen. Wir wünschen zudem, dass unsere jungen Genossinnen und Genossen mit einer sozialistischen Zielrichtung erfolgreich bleiben.“

In diesem Sinne führten wir im August viele Gespräche mit den jungen Genossinnen und Genossen. Nicht alle waren vergeblich.

Der Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen wertete auf Antrag von Uwe und Renate am 25. August das Verhalten von Thomas und Nico sogar als massive Verstöße gegen Statut und Programm der DKP und forderte die beiden auf, die Aktivitäten für „Unite“ sofort einzustellen. Ein Ordnungsverfahren wurde bei der Schiedskommission indessen nicht beantragt, sondern eine „Klärung der Angelegenheit“. Wörtlich: „Sollten sie diese Konsequenzen nicht innerhalb von zwei Wochen selber ziehen, sieht sich der BV der DKP Rheinland-Westfalen gezwungen, die Bezirksschiedskommission anzurufen und von dort die Angelegenheit klären zu lassen.“

(Artikel 16 des Statuts beschreibt die Aufgaben von Schiedskommissionen und Schiedsverfahren wie folgt:

„Die Schiedskommissionen beraten die Mitglieder und Gliederungen der Partei bei der Anwendung und Auslegung des Statuts der DKP und seiner Beachtung. Sie werden bei der Einleitung von Parteiordnungsverfahren und Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte nur auf Antrag tätig.“)

Hans Peter Brenner, der auf dieser Bezirksvorstandssitzung als Gast anwesend war, gab indessen in diesem Punkt unseren Beschluss auf der 4. PV-Tagung am 28./29. September nicht korrekt wieder. Der Verzicht auf ein Ordnungsverfahren zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist aus meiner Sicht klug, weil es hier darum geht, Gespräche mit den jungen Genossinnen und Genossen zu führen. Das ist durchaus nicht leicht, weil es in der Vergangenheit in der Tat zu sektierischen Verhärtungen der Diskussion unterschiedlicher Positionen gekommen ist, ärgerlicherweise auch zu solchen, die sich gegen die Politik unserer Partei richteten. Die Kritik von SDAJ-Buvo-Seite an einem Transparent der SDAJ Rheinland: „Grundgesetz und

Demokratie verteidigen, NPD verbieten“, von der ich schon auf dem Parteitag berichtete, gibt einen Hinweis.

Die Bezirksvorstandssitzung vom 25. August hat sich nicht nur mit „Unite“ beschäftigt, sondern auch intensiv mit der Frage der Demokratie im Lande. Das Referat ist unter dem Stichwort Schwerpunkt Demokratiefragen vollständig auf der Homepage des Bezirks zu finden.

http://www.dkp-rheinland-westfalen.org/index.php?option=com_content&view=article&id=1835:schwerpunkt-demokratiefragen&catid=37:partei&Itemid=106

Der vollständige Titel lautet: Der Leitantrag des Parteitags als ideologische Orientierung. Das Referat zitiert aus den „Antworten der DKP auf die Krise“ die Stellen, die sich mit dem Kampf um Demokratie befassen. Wunderbarerweise sind just diese Stellen auf dem Parteitag unstrittig geblieben. Sie waren im August hochaktuell, auch wenn die Fragen der elektronischen Überwachung durch die Geheimdienste nicht nur der USA, sondern erst recht durch BND und Verfassungsschutz aus dem Wahlkampf herausgehalten worden sind. Aber sie brechen mit umso größerer Wucht gegenwärtig in der Öffentlichkeit durch.

Man kann sich nur wundern über die Disziplin unserer Medien, die pünktlich vor dem Wahlkampf dieses Thema ausschalten, um es wenige Wochen danach wieder – und jetzt brachial – auf die Agenda zu setzen, aber die Aufmerksamkeit des Publikums ausschließlich auf das adlergeschmückte Handy von Frau Merkel richten. Im Augustreferat machen wir darauf aufmerksam, dass diese Überwachung seit Beginn der Bundesrepublik zur ständigen Ausstattung unserer Demokratie gehörte. Wir tun gut daran, uns an den hier anknüpfenden demokratischen Protesten und Bewegungen zu beteiligen. Gestern erst gab es in Köln wieder eine Kundgebung „Stop watching us“. Der Historiker Joseph Foschepoth hat im letzten Jahr diese Überwachungspraxis mit bislang unveröffentlichten Dokumenten belegt.

Am 21. September führte der Ruhrbezirk seine Kommunalberatung durch. Ich habe mich daran mit einem Referat über die aktuelle Lage der kommunalen Finanzen beteiligt. Die Ergebnisse dieser inhaltsreichen Beratung wollen wir mit Erlaubnis des Ruhrbezirkes auf unserer Seite veröffentlichen oder Euch auf andere Weise zur Kenntnis geben.

Am 2. Oktober waren Klaus Weißmann und ich zu einer Beratung in Solingen. Der Kreis hatte zu einem Gespräch mit jungen GenossInnen zum Thema Unite eingeladen. Der Kreis Solingen ist bezüglich der Jugend in einer recht unglücklichen Lage.

Am 4. Oktober hat das Sekretariat mit dem AK Bayer über dessen Arbeit beraten. Das Ergebnis hat die Form eines Antrags, der Euch zur Beschlussfassung vorliegt. Wir waren übereinstimmend der Meinung, dass die Arbeit des AK und die regelmäßige Herausgabe der Pille wieder gesichert werden soll.

Am 12. Oktober hat das Sekretariat eine Org- und Kassierer-Beratung in Köln durchgeführt, um uns wegen der Neuausgabe der Mitgliedsbücher zu verständigen, aber auch über die Anforderungen und Probleme im Zusammenhang mit dem Pressefest.

Auch bei dieser Gelegenheit fehlte ein Vertreter der Aachener Kreisorganisation. Ich sage das aus zwei Gründen. Der eine ergibt sich aus der Behauptung der Aachener Kreisorganisation in der Begründung ihres Antrags, dass eine geregelte politische Leitungsarbeit in unserer Bezirksorganisation nicht mehr stattfindet. Diese Behauptung hoffe ich durch diesen Rechenschaftsbericht widerlegt zu haben. Davon ausgehend, dass die Aachener aus guten Gründen bei allen drei Bezirksberatungen, zu denen wir in diesem Jahr eingeladen hatten, fehlten, ist ihre eigene Lage aber auch ein Beleg dafür, dass wir die Kräfte im Bezirk mit zentralen Beratungen oder revolutionären Ausflügen nicht überfordern sollten. Das sage ich

insbesondere mit Blick auf die Vorschläge, die die Aachener dazu machen, und hoffe, dass die Antragskommission das richtige Maß in ihrem Abänderungsvorschlag findet. Im übrigen war die Orgberatung gut besucht und produktiv.

Trotz widriger Umstände konnte ein erhebliches Maß an Leitungsarbeit im Bezirk umgesetzt werden, geregelt und demokratisch. Das war aufwendig. Ob wir richtig lagen, muß diese BDK entscheiden.

Am 19. und 20. Oktober hat es noch drei zentrale Beratungen in Hannover gegeben. Am 19. Oktober war das Thema unser Verhältnis zu den Gewerkschaften, am Folgetag wurde eine Liste für die Europawahlen bestimmt sowie in der zentralen Org- und Kassiererberatung über die anstehenden Fragen gesprochen.

Ich will dazu nur noch so viel sagen: bei den Europawahlen wird das Pferd von hinten aufgezogen. Es gab keine Diskussion in der Partei über die Beteiligung, sie ist vom Parteivorstand festgelegt worden. Am vergangenen Samstag wurden zwar Kandidaten gewählt, über die Kandidaten aus unserem Bezirk ist aber weder dort noch überhaupt mit uns gesprochen worden. An der vorgelegten Liste konnte auch nichts mehr geändert werden. Ein Wahlprogramm soll erst zu Anfang des kommenden Jahres beschlossen werden. Hans Peter Brenner hat einen Entwurf vorgelegt, er soll jetzt in der Partei diskutiert werden. Die meisten Teilnehmer der Diskussion in Hannover konzentrierten sich auf das Bekenntnis zur Kandidatur der Partei, es schien demgegenüber wenig interessant, welche Forderungen die Wähler bewegen sollen, uns die Stimme zu geben. Ich plädiere für ein Programm, das bei den kommunalen Kürzungsprogrammen die Rolle der EU-Vorgaben in den Blick nimmt. Solche Verknüpfungen sind möglich und sinnvoll.

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum Schluss noch zwei Sätze zu den Problemen der Kollegen von Ford Genk, die vor einem Jahr, kurz nach dem Schließungsbeschluss für das Werk, nach Köln-Niehl gekommen sind, um hier bei ihren Kollegen um Solidarität zu werben. Sie waren kaum angekommen, als die Polizei die 200 Kollegen gemäß einem geheimen Notfallplan einkesselte und einzeln abführte. Die Staatsanwaltschaft ließ sich von Klagen nicht abbringen. Sie stellte einigen der belgischen Fordwerker Strafbefehle in vierstelliger Höhe wegen Landfriedensbruchs zu. Einer soll einen Böller geworfen haben mit der Folge eines Knalltraumas bei zwei Polizisten. Ihm drohen 10 Monate Haft. Die deutsche Justiz macht Arbeiter zu Verbrechern, während sie von den Werkseignern um die soziale Existenz gebracht werden. Die Stadt Genk stirbt und die Klassenjustiz rüstet auf.

Kurzfristig habe ich versucht, Genker GenossInnen unserer Bruderpartei PvdA einzuladen. Sie mussten zwar für heute absagen, wollen sich aber bald mit uns treffen. Mein Vorschlag: wir erklären von dieser BDK aus unsere Solidarität.

Klaus Stein